

Frankenthal, 05.12.2018

(1)

DIE LINKE Stadtratsfraktion des Stadtverbandes Frankenthal
Rede zum Haushalt 2019

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister, liebe Kolleginnen und Kollegen, sehr geschätzte Verwaltung, im Zuge der Entwicklungen in unserer Stadt müssen wir darauf achten, dass wir auch weiterhin Verbesserungen für alle unsere Frankenthaler Bürger erzielen.

Nachdem wir nun seit vier Jahren versucht haben, CDU und SPD bei einer vernünftigen Lösung Ihrer Finanzprobleme mit Bund und Land zu unterstützen, z. B. durch Erhöhung des kommunalen Anteils an der Umsatzsteuer, hat diese Regierung trotz der immensen Einnahmen, ein Problem, das Geld an die Kommunen weiterzuleiten. Das Spiel geht nun schon seit Jahrzehnten so. Einsparpotentiale unseres Haushalts haben sich bei keiner der Aktionen des hektischen Suchens nach Lösungen in den Behörden finden lassen, sondern nur die Erhöhung der Grundsteuer B, Gewerbesteuer und Vergnügungssteuer erwiesen sich als effektiv, also letztlich Reichensteuern, da bei den Armen nichts zu holen ist.

Auch haben wir andere dringend anstehende Probleme, wie den sozialen Wohnungsbau zu lösen, den wir seit 2014 immer wieder eingefordert haben. Hier lassen sich die Bürgerinnen und Bürger nicht immer wieder mit Versprechungen auf die Zukunft verträsten, denn diese dauern nun seit 2005 an und haben die „große“ Koalition unter 50 % gebracht.
Sie bringen damit die Bürger auf die Barrikaden und zur AfD.

Wie bereits öfters dargelegt, fordern wir wie auch der Deutsche Städtetag eine „weitere Mitverantwortung beim sozialen Wohnungsbau über 2019 hinaus zu gewährleisten“. Dagegen hat sich die lokale Baugesellschaft schon vor Jahren (1998) aus dem sozialen Wohnungsbau zurückgezogen, da sie hierfür keinen weiteren Bedarf mehr sah.

Hier sollten wir eine bürgerorientierte Politik machen. Es macht dabei den Unterschied, ob man, wie die Firma Kempf, „zwei Mehrfamilienhäuser mit bezahlbaren Mietwohnungen sowie Mehrgenerationenhäuser“ baut (Rheinpfalz vom 13.11.2018) oder „143 Eigentumswohnungen“ im KBA-Gelände wie die PBD (Rheinpfalz 08.11.2018), die sich eben nicht jeder leisten kann und in denen die Bewohner mangels Kontaktmöglichkeiten vereinsamen, wenn in den Vierteln keine sozialen Begegnungsstätten für jung und alt existieren.

In diesem Zusammenhang braucht nicht nur die Innenstadt sondern auch der Pilgerpfad unsere besondere Aufmerksamkeit, dessen Bewohner dieses Jahr bereits mit zwei Veranstaltungen auf die Probleme des Viertels aufmerksam gemacht haben.

Es wäre hier auch darauf hinzuweisen, dass die seit Juli 2015 bestehende Veränderungssperre für den Ausbau von Wohnungen abgelaufen sein müsste und Bebauungspläne möglich und notwendig wären. Hier wäre sozialer Wohnungsbau zur Stadterweiterung möglich.

(2)

Auch unsere Schulen mussten dringend renoviert und erweitert werden, was geschah und auch noch weiter geschieht, z. B. durch den gemeinsamen Neubau für das Karolinen-Gymnasium und das PIH. Nun sind auch die Kindergärten mit einer Prioritätenliste vertreten, was Neubau, Modernisierung und Instandhaltung betrifft. Was uns aber auch am Herzen liegt und was wir schon immer gefordert haben mit qualifiziertem Personal zu gerechten Löhnen.

Dabei muss Kinderbetreuung weiterhin kostenfrei bleiben und auch an der Schule müssen alle Zugang zu schulischen Angeboten haben, wobei die Kommune die Kosten für die ärmeren Kinder übernehmen müsste. Dies darf nicht von der aktuellen Höhe der Kosten abhängig gemacht werden, weil das für die Zukunft unserer Gesellschaft und unserer Kinder wichtig ist.

Sonst wird schnell aus einer Benachteiligung in der Jugend eine lebenslange Hilfsbedürftigkeit und es entstehen so genannte „Armutskarrieren“ bis hin zur auf uns zu kommenden Armut im Alter.

Um qualifizierte Fachkräfte in der Schule zu halten, muss man sie auch entsprechend honorieren und nicht zwischen den Schuljahren, wie in Rheinland-Pfalz gewöhnlich, entlassen. Die Forderung nach Schaffung neuer Stellen in der Schulsozialarbeit unterstützen wir weiterhin voll und ganz, wie wir sie immer gefordert haben. In diesem Bereich sind weitere Stellen nötig, um den Bedürfnissen unserer Schüler gerecht zu werden.

Des Weiteren muss von der KITA bis zum Gymnasium die Grundversorgung mit gesunden Lebensmitteln gewährleistet sein, um die körperliche und geistige Fitness zu fördern. Es muss aber auch für alle bezahlbar sein.

Denn es ist zu befürchten, dass, wenn die Situation so fortschreitet, Kinder sozial schwacher Familien in ihrer Entwicklung gehemmt und sozial ausgegrenzt werden. Diese soziale Ausgrenzung fördert den Rechtsextremismus in unserer Gesellschaft. Hier brauchen wir eine Veränderung des politischen Klimas, gerade auch auf kommunaler Ebene.

Wichtig ist in diesem Zusammenhang, sich auch der positiven Entwicklungen unserer Gesellschaft zu erinnern. Schon früh wurde in unserer Stadt ein Mädchen-Gymnasium errichtet und das angesichts der damaligen Vorstellung, das Frauen nur zum Heiraten da seien. Tatsächlich gab es Frauenbildung erst seit der Jahrhundertwende, wobei deutsche Frauen erst einmal ins Ausland (meist in die Schweiz) studieren gehen mussten.

Nach jahrzehntelangen Kämpfen gab es dann ab 1918 in der sozialdemokratisch geführten Weimarer Republik das Frauenwahlrecht, „ein wichtiger Meilenstein für die deutsche Frauenbewegung, deren Wurzeln bis tief ins 19. Jahrhundert zurückreichen!“

Leider fehlen hier auch heute noch Vorbilder für junge Frauen, auch wenn sich im Alltag vieles geändert hat.

Und auch die Schülerinnen, z. B. des Karolinen-Gymnasiums haben heute weitgehende Anforderungen an Arbeit und Karriere, weswegen man den sinkenden Schülerzahlen aktuell mit praxisorientierten Sprachkursen in Russisch, Arabisch, Japanisch und Chinesisch nachkommen sollte, um die beruflichen Möglichkeiten der Schülerinnen zu fördern.

Dabei ist auch nach 100 Jahren noch viel zu tun, in Bezug auf Anerkennung von Frauenarbeit und gleichen Lohn für gleiche Arbeit, wie uns jedes Jahr im Frühjahr der Internationale Frauentag, an dem wir uns stets beteiligen, vor Augen führt. Wir bedanken uns hier bei der Gleichstellungsbeauftragten der Stadt Frankenthal für ihre unermüdliche und oft zu wenig anerkannte Tätigkeit und freuen uns, dass Ihre Veranstaltungen zum Frauenwahlrecht so viel prominente Anteilnahme finden und hoffen, dass sich dies dann auch positiv auf die Wahlbeteiligung bei der Europa- und Kommunalwahl 2019 auswirkt.

(3)

Was die heutige Beschäftigungslage mit geringfügig Beschäftigten wie Zeit- und Leiharbeitern anbetrifft, so sind heute vielfältige Beschäftigungsmöglichkeiten gang und gebe, aber für Menschen ab Mitte Fünfzig seien es qualifizierte Handwerker oder Studierende sind die Chancen mehr als gering, sie auf dem regulären Arbeitsmarkt unterzubringen.

Auch wenn die Arbeitsagentur und die Jobcenter immer wieder betonen, dass die Arbeitslosenzahlen immer weiter sinken, sagt dies doch nichts über die realen Lebensbedingungen der Beschäftigten aus, denn viele müssen trotz ihrer Arbeit noch aufstocken.

Auch ist das Sinken der ALG II-Zahlen um 0,10 % kein Trend mit relevanten Veränderungen, sondern nur mit Abweichungen von den Standardzahlen.

„Die regionale Arbeitslosenquote von 5,5 Prozent liegt 0,3 Prozentpunkte höher als im Vormonat, aber 0,1 Punkte unter dem Wert von vor zwölf Monaten.“

Solche und ähnliche Statistiken hinterfragen auch nicht, ob den Arbeitsuchenden den eigenen Wünschen entsprechende, adäquate Arbeiten zu vermitteln versucht wurde, oder nicht.

Viele werden immer noch in Ein-Euro-Jobs (z. B. im Altersheim) oder in so genannten Fortbildungsmaßnahmen geparkt, zählen dann aber nicht mehr als arbeitslos.

Auch die aktuellen Daten, „die Quote der gemeldeten Arbeitslosen ist auf 4,7 Prozent gesunken“, kann man auf zweierlei Weise lesen: 1.) Die Zahl der Arbeitslosen ist tatsächlich gesunken oder 2.) Die Zahl der Arbeitslosen, die sich schon gar nicht mehr „arbeitslos“ melden, weil sie sich vom Jobcenter keine Hilfe mehr erhoffen, ist gestiegen. Letzteres kennen wir wohl alle, z. B. wenn sie einen Partner haben, der sie unterstützen kann.

Und auch wenn bei Amazon, der „nach dem Betriebsstart im Sommer an seinem Frankenthaler Standort inzwischen rund 1000 Menschen beschäftigt, (und) alle freien Stellen besetzt.“ hat, wären gewerkschaftliche Tarifverträge nötig, um sozial gerechtere Löhne auszuhandeln. Dies lehnt Amazon jedoch ab, um möglichen (Lohn-)Streiks aus dem Weg zu gehen.

Wir sind auch gespannt, wie sich Amazon steuerlich bei uns auswirken wird, denn bis jetzt sind sie meist negativ in Erscheinung getreten.

Eigentlich sollte Amazon als Betreiber ein nachvollziehbares Gutachten über das Verkehrsaufkommen an seinem Standort erstellen, um den Streit zwischen Ludwigshafen und Frankenthal darüber zu beenden.

Auf den ÖPNV hat sich der Konzern allerdings durch eine Buslinie nach Eppstein bereits positiv ausgewirkt,

Aber in einer Stadt im gesellschaftlichen Wandel wie Frankenthal ist es darüber hinaus wichtig, alle Menschen am Öffentlichen Personennahverkehr mit Bussen und Bahnen teilnehmen zu lassen. In diesem Rahmen erheben wir auch wieder unsere Forderung nach einem Sozialticket, wie es anderswo (z.B. in Mannheim und Heidelberg) bereits gelungen ist und jüngeren, älteren und ärmeren Bevölkerungsschichten sowie Schülern und Berufspendlern die Teilnahme am sozialen Leben erleichtert

4)

Dagegen ist Aufgabe eines kommunalen Unternehmens eben nicht nur, Gewinne zu erwirtschaften, wie es vordergründig als Ziel erscheinen mag, sondern die Interessen aller Beteiligten abzuwägen, wie es bei den Sitzungen des Betriebsausschusses aufgezeigt wurde.

So dass auch die Nichterhöhung der Abgaben für die Bevölkerung ein Erfolg ist. Und natürlich gehört dazu ebenso, sowohl eine gerechte Bezahlung der eigenen städtischen Beschäftigten, als auch die Sorge um deren Gesundheit und eine gute personale Ausstattung, wie auch deren Weiterbildung.

Dasselbe Gesundheitsbewusstsein zeichnet auch die Arbeit der Stadtklinik aus, denn auch hier kommt es nicht nur auf das Erstellen möglichst hoher Rechnungen, sondern den Erhalt der physischen und psychischen Gesundheit der Bevölkerung an. Hier freuen wir uns auf weitere Symposien der Psychiatrischen Abteilung und andere Maßnahmen der Gesundheitsvorsorge.

Mit dem Umbau der Chirurgischen Abteilung und der Übergabe des OP im September 2018 hat die Stadtklinik auch immer wieder bewiesen, dass sie hier auf der Höhe der Zeit ist.

All dies zeichnet eine kommunale Verwaltung vor einem Wirtschaftsunternehmen aus – und wir hoffen, dass dies noch lange Zeit unser aller Ziel in Frankenthal bleibt.

Die Gebäude der Stadt leiden, denn Ihre Politik ist dagegen oft genug nicht zukunfts- und bürgerbezogen, sondern eben kostenorientiert. So, wenn Sie einer langfristigen Instandsetzung der Musikschule (Zuckerfabrikgelände), die verschiedenen dortigen städtischen Institutionen mit Raumproblemen zugute kommen könnte (VHS, HdJ, Musikschule), die dort liegenden sieben potentiellen Proberäume nur für 600.000 € als Lagerräume nutzen wollen, statt sie nach Renovierung für 1,3 Millionen € den Bürgern der Stadt zur Verfügung zu stellen.

Ähnlich verhält es sich mit der Amalie-Foltz-Halle auf dem Friedhof, die nur renoviert wird, wenn wieder einmal ein Bürger der Stadt ihr hierfür Geld vermacht, statt sich mit den Religionen zusammzusetzen, und zu fragen, ob man hieraus nicht ein „Haus der Religionen“ machen könnte, an dem diese sich eventuell auch finanziell beteiligen, dass vor allem aber im Sinne des „Dialogs der Religionen“ von allen genutzt werden kann.

Hierzu schlagen wir einen runden Tisch zum interreligiösen Gespräch vor.

Über den Ertrag des CFF im letzten Jahr freuen wir uns ebenso wie über das Programm

und das es dafür eine Auswahlkommission gab, die Klassiker wie „Kabale und Liebe“ und Kritisches wie „Alle Jahre schon wieder“ ausgewählt hat.

Dies ist die eigentliche Aufgabe des CFF, auch wenn immer wieder die Rentabilität der Kongresse und Events im Hause zur In-Frage-Stellung des Bildungsauftrages führt.

Wir stehen hinter dieser zukunftsorientierten öffentlichen Aufgabe.

Über den Zustand des Erkenbert-Museums waren wir schon seit dem Bericht von Frau Klaasen an den Kulturausschuss beunruhigt: „Auch hier ist, wie grundsätzlich überall, eine **Grundsanie rung** (Glasfasertapete, Neuanstrich, Einbau neuer Beleuchtungen und Fenster, Anstrich der Wände und des Treppengeländes) vorzunehmen.“ (Bericht Anna Alice Klaassens vom 28.01.2015) Sie schlug schon damals eine „Sanierung von Dachstuhl und Untergeschoss“ vor. (Bericht vom 17.10.2014).

Diese wird nun erst 2019 mit den „Sanierungsarbeiten in den Kellerräumen“ beginnen und dann eventuell nach Förderung durch das Land als „Grundhafte Erneuerung und Neukonzeptionierung“ weitergeführt werden. Und das kann dauern und wir wünschen dem Oberbürgermeister viel Glück, das Museum in dieser Zeit in einem Notbetrieb offen zuhalten, damit die Bevölkerung es nicht ganz vergisst.

So lange leidet das denkmalgeschützte Gebäude weiter, um am Ende neu zu erstrahlen.

5.)

Eine Stadt muss, wie jeder von uns, seiner Geschichte gedenken, damit sie sich nicht wiederholt. Daher erinnern wir heute auch noch einmal der Reichsprogrom-Nacht.

Aber auch der guten Zeiten soll man gedenken und daher feiern wir nächstes Jahr 900 Jahre Erkenbertkloster. Auch wenn die Finanzen nicht danach stehen.

Und auch wenn es um die Europäische Einigkeit nicht zum Besten steht, stehen nächstes Jahr Europawahlen an. Hier waren wir schon immer Vorreiter im Dialog in Europa.

„Das italienische Rosolini auf Sizilien ist nach Colombes in Frankreich, Sopot in Polen und Strausberg bei Berlin die vierte Partnerstadt Frankenthals“.

Wir freuen uns, dass ein Bürger aus Colombes dieses Jahr beim Bürgerempfang ausgezeichnet wurde und nächstes Jahr ein Bürger aus Rosolini geehrt wird und mit ihnen natürlich auch die Idee der Städtepartnerschaften.

Wir freuen uns auch 2019 auf einen persönlichen Erfahrungsaustausch mit allen vier Städten im geeinten Europa und hoffen hierbei auch auf einen regen Jugendaustausch.

Wobei wir hier auch auf unsere guten Kontakte zu Schülern (!) aus den USA hinweisen möchten und es wäre schön, wenn es solche Kontakte auch zu russischen Schulen gäbe.

Wir vergessen hier auch nicht die Menschen, die unseren täglichen Lebensstandard ermöglichen, weswegen wir die Entwicklung Frankenthals zur „Fair-Trade-Town“ auch dieses Jahr auf dem Weihnachtsmarkt unterstützen und danken dem Eine-Welt-Laden wie immer für sein Engagement hierbei.

In diesem Sinne wünsche ich uns allen viel Erfolg für ein gemeinsames Jahr 2019, und ein erfolgreiches Wirken darüber hinaus.

M. Fendler